



## Call for Papers

### **Wie relevant ist die Politikwissenschaft?**

### **Wissenstransfer und gesellschaftliche Wirkung von Forschung und Lehre**

Thementagung der DVPW am 12.-14. Dezember 2019

Ort: Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Politikwissenschaft / Cluster Die Herausbildung normativer Ordnungen

In der öffentlichen Debatte wird regelmäßig über die mangelnde gesellschaftliche und politische Relevanz der Politikwissenschaft geklagt. Dass mit solchen Klagen ein recht einseitiges Bild gezeichnet wird, machen nicht nur die vielen Repliken auf die Debatten in der FAZ und ZPol zum Stellenwert der Politikwissenschaft deutlich. So warnt die kritische Wissenschaftsforschung, man möge das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis nicht als eines von Wissensangebot und -nachfrage verstehen, sondern müsse es als Wechselbeziehung begreifen. Diese Wechselbeziehung ist auch um andere Akteure wie Bürger\*innen und Rezipient\*innen zu erweitern, deren Bedürfnisse nach Erklärungen in einer immer komplexer werdenden politischen Umwelt steigen. Ferner ist eine alleinige Verengung auf die Sichtbarkeit in klassischen Massenmedien und die Beratung von Entscheidungsträger\*innen problematisch, da sie eine Reihe anderer, nicht minder politischer Aspekte marginalisiert, über welche die Politikwissenschaft gesellschaftliche Wirkung erzielt (z. B. die Hochschullehre, die Politische Bildung, die öffentliche Kommunikation in sozialen Medien oder die Kommunikation mit politischen Akteur\*innen außerhalb staatlicher Institutionen).

Die Tagung dient einer systematischen Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Politikwissenschaft über die Trias aus Forschung, Lehre sowie der Kommunikation derselben in die Gesellschaft hineinwirkt. Ziel ist es, Kompetenzen, Kapazitäten und Ressourcen zu identifizieren, mit der sich die gesellschaftliche Relevanz von Forschung und Lehre fördern lässt. Das ist nicht zuletzt für die DVPW selbst von zentraler Bedeutung, die anstrebt, die Politikwissenschaft gesellschaftspolitisch sichtbarer zu machen und stärker als Interessenverband zu wirken.

Die Tagung soll zu einer empirischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und politischen Wirkung sowie dem Wissens- und Praxistransfer der Politikwissenschaft beitragen. Außerdem möchte sie den Blick für Verbesserungspotenziale in der Lehre schärfen – zum Beispiel spielen Kompetenzen in der Wissenschaftskommunikation weder im Studium noch in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses eine größere Rolle, obgleich wir doch die Studierenden auf Tätigkeiten zwischen Wissenschaft und Praxis vorzubereiten haben.

Beiträge zur Tagung können sich auf folgende Themenfelder beziehen:

- Was sagen empirische Forschungen über die Wirkung von Politikwissenschaft? In welchen Kreisen und auf welchen Ebenen entfaltet sie eine Wirkung, wo nicht? Unterscheidet sich dies nach Themen, Teildisziplinen oder Handlungsfeldern? Brauchen wir in diesem Bereich mehr oder andere Forschung, um derlei Aussagen treffen zu können?
- Wie ist die deutsche Politikwissenschaft im Vergleich zu anderen Ländern aufgestellt und könnte man etwas von diesen lernen?
- Es darf kritisch hinterfragt werden, ob gesellschaftliche Relevanz ein sinnvolles Ziel der politikwissenschaftlichen Forschung und Lehre ist bzw. in welcher Relation es zu anderen Funktionen und Zielen unseres Fachs (z.B. dem Erkenntnisgewinn) steht.
- Wie kann Politikwissenschaft gesellschaftlichen Einfluss entfalten, ohne sich dabei als Legitimationswerkzeug instrumentalisieren zu lassen? Die verbreitete Rede von der „policy-based evidence“ ist Ausdruck dieses Risikos.
- Gibt es Grenzen für die gesellschaftliche Wirkung der Politikwissenschaft? In der deutschen Diskussion wird dies v.a. mit Bezug auf militärisch relevante Forschung und Zivilklauseln diskutiert, in Großbritannien und den USA v.a. anhand der Frage, mit welchen Institutionen kooperiert werden soll.
- In der Forschung im/mit dem globalen Süden wird zunehmend ein partizipatives Forschungsparadigma artikuliert: Akteure sollten nicht nur als Datenquelle angesehen werden, sondern als Koproduzenten von Wissen; Forschungsergebnisse sollten den beforschten Gemeinschaften zugänglich gemacht werden. Ist dies ein Standard für die Politikwissenschaft insgesamt?
- Wie verhalten sich die in der Öffentlichkeit vielfach gehegten Erwartungen an „richtige“ bzw. „wahrheitsgemäße“ Aussagen der (Politik-)Wissenschaft zu der Art und Weise der wissenschaftlichen Produktion von Wissen? Welche Diskrepanzen gibt es zwischen in öffentlichen Diskursen verbreiteten und in der Politikwissenschaft verwendeten Wahrheitsbegriffen?
- Wie geht die deutsche Politikwissenschaft mit ihrer Gründungsgeschichte um? Leistet diese noch heute einen Beitrag zum Selbstverständnis unserer Disziplin? Können wir uns diese Phase heute neu zu eigen machen und mit den Fragen nach der Rolle des Faches in der Gegenwart verbinden?

Erwünscht sind aussagekräftige Abstracts im Umfang von nicht mehr als 700 Wörtern. Bitte richten Sie Ihr Abstract an: [wolfgang.bergem@uni-siegen.de](mailto:wolfgang.bergem@uni-siegen.de), [julia.reuschenbach@uni-bonn.de](mailto:julia.reuschenbach@uni-bonn.de) und [helmar.schoene@ph-gmuend.de](mailto:helmar.schoene@ph-gmuend.de).

**Einsendeschluss ist der 1. September 2019!**

Organisationsteam

Wolfgang Bergem, Isabelle Borucki, Daniel Lambach, Julia Reuschenbach und Helmar Schöne